Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 14

Artikel: Der chinesische Bauer und die Volkskommunen (3)

Autor: Lethbridge, Henry J.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076676

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der chinesische Bauer und die Volkskommunen (3)

Von Henry J. Lethbridge. (Zusammenfassung des 1963 in Hongkong erschienenen Buches des britischen Soziologen Lethbridge, aus dem Englischen von Hans Jörg Pommer.)

In der letzten Nummer war mit dem Nachweis begonnen worden, dass die kommunistische Agrarpolitik in China zwischen 1921 und 1950 starken Schwankungen unterworfen war, die von rücksichtsloser Härte bis zu reformistischer Milde reichten. Solche taktische Beweglichkeit war namentlich dem Parteichef Mao Tse-tung zu eigen, der sich in den unterschiedlichsten Situationen zu behaupten vermochte. Zu einem Markstein der KP-Geschichte wurde 1934 der «Lange Marsch», der ihn mit 100 000 Mann seiner Truppen in das Grenzland des Nordwestens führte.

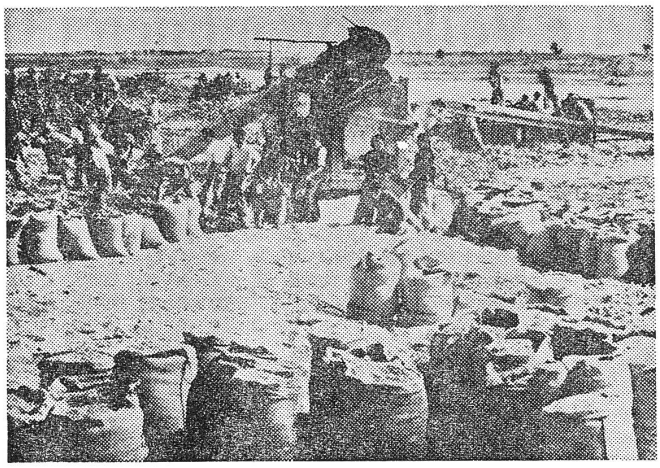
Dort proklamierten sie zu Beginn des Jahres 1937 in Yenan (Provinz Shengsi) die neue Hauptstadt, obwohl die Vorhut der Roten Armee dieses Gebiet bereits 1935 erreicht hatte. Weniger als 30 000 Mann überlebten den Marsch. Die Agrarpolitik der chinesichen kommunistischen Partei wurde so sehr schnell zur Politik und zur Vorstellung eines einzigen Mannes: Mao Tse-tung. Fern der sowjetischen Kontrolle übernahm Mao formell die Führung der KPCh im Januar 1935, ... während des «Langen Marsches». Bereits Mitte der zwanziger Jahre hatte Mao gewisse landwirtschaftliche Probleme studiert und analysiert. Seine Ansichten dazu finden sich in zwei Artikeln: «Analyse der Klassen der chinesischen Gesellschaft», aus dem Jahre 1926, und «Bericht über eine Untersuchung innerhalb der Bauernbewegung in Hunan», aus dem Jahre 1927. Die Agrarpolitik der KPCh war nach 1930 das geistige Kind Maos, und die Verantwortung für ihre Erfolge und Fehlschläge liegt bei ihm allein, wenngleich er eindeutig von den sowjetischen Erfahrungen beeinflusst war und im allgemeinen Rahmen der marxistischen Ideologie dachte ...

Die Agrarpolitik der KPCh vor 1949 zerfällt in vier, zeitlich scharf voneinander abgegrenzte Perioden ...: 1. Die vorsowjetische Periode von 1921 bis 1927, 2. Die sowjetische Periode von 1927 bis 1937, 3. Die Periode des chinesisch-japanischen Krieges von 1937 bis 1945, 4. Die Nachkriegsperiode des Uebergangs von 1945 bis 1949. Die erste Periode stand im Zeichen der Bedeutung des chinesischen «Proletariats» als Führer der Revolution, ganz im Sinne Stalins, der postuliert hatte: «Die Rolle des Initiators und Führers der chinesischen Revolution (muss) unvermeidlich dem chinesischen Proletariat zufallen». Die ersten Parteikongresse seit 1921 (die KPCh wurde im Juli 1921 formell gegründet) beschäftigten sich kaum mit Agrarproblemen. Erst der 5. Parteikongress im April 1927 verabschiedete eine Resolution zur Bauernfrage, in der es heisst: «Die Aufgabe des Augenblicks ist die Ausweitung, nicht die Vertiefung der Revolution und folglich muss die Beschlagnahmung des Bodens auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden».

Andererseits war Mao Tse-tung bereits zu einigen praktischen Schlussfolgerungen über die Rolle der Bauern gelangt, und dies ist wohl der spezifische Beitrag des «Maoismus». Seine Distanzierung von der Parteiführung begann nach seinen eigenen Feststellungen — wie sie von Edgar Snow (in seinem Buch «Roter Stern über China») zitiert werden — bereits 1925, erreichte ihren Höhepunkt aber nicht vor 1927. In seinem Bericht vom März 1927 über die Situation in Hunan sprach Mao den Bauern die führende Rolle in der chinesischen Revolution zu, und in diesem Zusammenhang ist das chinesische Proletariat gar nicht erwähnt. Die «revolutionäre Vorhut» der bürgerlich-demokratischen Revolution waren die Kleinbauern, so dass «ohne die Klasse der Kleinbauern keine revolutionären Bedingungen bestünden, wie sie nunmehr in den ländlichen Gebieten bestehen».

Den Wert der bäuerlichen Unterstützung setzte Mao ziemlich hoch an. Er teilte der demokratischen Revolution einen Gesamtwert von zehn Punkten zu und kalkulierte, dass die Stadtbevölkerung und das Militär nur mit drei Punkten zu Buche stehen würden, «während die restlichen sieben Punkte den Bauern und ihrer ländlichen Revolution zukommen sollten». Es ist bezeichnend, dass mit der Konsolidierung der kommunistischen Macht in China und deren Verlagerung auf das Proletariat zum Aufbau eines industrialisierten China dieser «Zehn-Punkte»-Abschnitt aus den in Peking publizierten jüngeren Ausgaben des Berichtes von Mao entfernt wurde. In «Eine Geschichte des chinesischen Kommunismus in Dokumenten» (London 1952) wurde der «Maoismus» als «einfacher Syllogismus» zusammengefasst. Darin heisst es: «Revolutionäre Vorhut bezeichnet in der marxistisch-leninistischen Terminologie ausnahmslos das städtische Proletariat. Andererseits bezeichnet revolutionäre Vorhut im Bericht Maos das Kleinbauerntum. Genau diese Gleichsetzung kennzeichnet die theoretische Basis von Maos Weg zur Macht. Nachdem sie die Kontrolle über die städtische Arbeiterschaft (das Proletariat im ursprünglichen Sinne des Wortes) verloren hatten, fanden die chinesischen Kommunisten unter Mao schliesslich ein neues ‚Proletariat im Kleinbauerntum, das sie selbst organisierten und anführten'.» Während Mao in der zweiten Periode der chinesischen Agrarpolitik 1927 in Tschia-lin einen lokalen Sowjet errichtete und das Bauerntum organisierte, spielten sich im Zentralkomitee der Partei zum Teil erbitterte Machtkämpfe ab. Der erste Generalsekretär der KPCh, Tschen Tu-hsiu, wurde als «Opportunist» verdammt und durch Tschou Tschiu-pai ersetzt, der seinerseits ein Jahr später in Ungnade fiel und durch Li Li-san abgelöst wurde. Unter Tschou Tschiu-pai fiel Mao als «Reformist» in Ungnade und wurde im November 1927 vorübergehend aus dem Politbüro des ZK entfernt. Unter Li kehrte Mao wieder in die Parteiführung zurück, hielt sich aber aus den Wirren nach dem Sturz Li Li-sans im Jahre 1931 heraus, um sich ab Oktober 1932 an die Spitze der KPCh zu stellen. Von da an bestimmte Maos

Der Fehlschlag der Volkskommunen auf dem Land hat dazu geführt, dass den Bauern wieder ein kleines Stück Land zur privaten Bewirtschaftung überlassen wird, das ungefähr den sowjetischen Nebenwirtschaften entspricht. Das dort aufgezogene Gemüse wird von den Kommunenmitgliedern in die nächste Stadt gebracht und kann dort zu eigenem Profit verkauft werden. Das kommt wiederum der sowjetischen Institution des «Kolchosmarktes» ziemlich nahe, obwohl dieser nach chinesischer Lesart eine Konzession an kapitalistische Wirtschaft darstellt.



Laut Pekinger Angaben sind gegenwärtig 300 000 chinesische Studenten Mitglieder von «Landwirtschaftlichen Produktionsbrigaden», jenen arbeitstechnischen Untersektionen der Volkskommunen, die heute wieder eine gewisse organisatorische Selbständigkeit erlangt haben und mit den Kolchosen Osteuropas vergleichbar sind — freilich nicht in der offiziellen Darstellung. Die Studentengruppe auf unserm Bild ist bei der Maisernte in der Provinz Sinkiang aufgenommen. Der Studienunterbruch wird mit dem Vorrang des landwirtschaftlichen Aufbaus begründet.

Politik die Geschichte der Partei. Bis zur Gründung der chinesischen Sowjetrepublik durch Mao (1931) und in der Zeit ihres Bestehens kümmerte sich Mao um die Kleinbauern und schuf sich so eine eigene Hausmacht. Kennzeichnend für die sowjetische Periode ist das Bodengesetz der chinesischen Sowjetrepublik, das am 1. Dezember 1932 in Juichin durch Mao erlassen wurde und dessen Grundsätze nach 1949 wieder belebt wurden. Dieses Gesetz sah die entschädigungslose Enteignung des Grund und Bodens aller «Reaktionäre» vor und die Verteilung dieses Bodens unter die Klein- und Mittelbauern. Bestehende Schuld- und Pachtverträge wurden für null und nichtig erklärt. In diese Periode fällt auch die Bestimmung des Status der ländlichen Klassen durch Mao (in seinem Aufsatz über die «Analyse der ländlichen Klassen in der chinesischen Gesellschaft»), die im wesentlichen bis heute als gültig erachtet wird. Nach Maos Definition sind:

Grossgrundbesitzer — Leute, die Grund und Boden besitzen, aber diesen nicht selbst bearbeiten, sondern von der Ausbeutung der Pächter leben;

Grossbauern — Leute die im allgemeinen Grund und Boden besitzen und diesen bearbeiten, deren Einkommen aber zu einem Grossteil von Ausbeutung abhängt;

Mittelbauern — Leute, die ganz oder hauptsächlich von ihrer eigenen Arbeit für ihren Lebensunterhalt abhängen, die im allgemeinen ein wenig Land besitzen, das sie bearbeiten, und die eine bestimmte Anzahl landwirtschaftlicher Geräte besitzen. Wenn das Einkommen des Mittelbauern aus Ausbeutung 25 Prozent nicht übersteigt, ist er ein wohlhabender Bauer;

Kleinbauern — Leute, die im allgemeinen Boden zur Bearbeitung pachten müssen, und die von anderen durch Bodenrente, Kredite, Zinsen und Arbeitsverdingung ausgebeutet werden;

Landarbeiter — Leute, die im allgemeinen weder Boden noch Geräte besitzen und die ganz oder teilweise von der Verdingung ihrer Arbeitskraft abhängen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

«Zusammenfassend können wir sagen», stellt Lethbridge fest, «dass die Agrarpolitik der zweiten Periode von 1927 bis 1937 weniger von der Notwendigkeit inspiriert war, die Hektarerträge zu steigern und den Lebensstandard der Bauern zu heben, als von dem Bedürfnis, die Macht der nichtkommunistischen Elemente in denjenigen Gebieten, die von den Kommunisten kontrolliert zu werden wünschten, zu brechen. Die Agrarpolitik war die Dienerin politischer Ziele, und da die Mehrheit der Angehörigen der (chinesischen) Roten Armee Bauern waren, bestärkten die Bodenreform und die Angriffe auf die reichen Klassen die Soldaten in dem Wunsch, ihre politischen und militärischen Führer wie Mao Tse-tung und Tschou Teh zu unterstützen.»

Die dritte Periode während des chinesisch-japanischen Krieges war für die ländliche Bevölkerung Chinas insgesamt eine Periode des Aufatmens oder zumindest der Ruhe vor kommunistischer Einflussnahme. Der Kriegsausbruch war die grosse Stunde für die KPCh. Nun konnte sie an den Nationalismus von Millionen Chinesen appellieren und aus ihrer bisherigen allgemeinen Isolierung heraustreten. Die Partei trat mit einer «Einheitsfront»-Politik gegen Japan auf den Plan. Am 27. September 1937 wurde die «Einheitsfront» zwischen der Kuomintang und der KPCh zur Realität. Noch nach 1941, als die Allianz mit den Nationalisten auseinanderbrach, bestand die KPCh auf ihrer Politik der «Einheitsfront». Die «zehn grossen politischen Massnahmen der KPCh zum antijapanischen Widerstand und zur nationalen Rettung» vom 15. August 1937 sahen eine Mobilisierung der Nation einschliesslich der «Klassenfeinde» vor und die Einstellung der Bodenenteignung. Die Bauern wurden ermutigt, sich freiwillig zu Arbeitsgemeinschaften und Kooperativen zusammenzuschliessen, um ein kriegswichtiges Ziel, die Bodenerträge, zu steigern.

Die Nachkriegsperiode des Uebergangs von 1945 bis 1950 schliesslich war die Periode eines schnellen Wandels. Bis zum Dezember 1946 führte die KPCh ihr Kriegsprogramm weiter und löste diese Politik dann mit einer schärferen Einstellung den Grossgrundbesitzern und Grossbauern gegenüber ab. Zwischen Oktober 1947 und Frühjahr 1948 kehrten die Kommunisten zur radikalen Politik der «sowjetischen Periode» zurück. Das Bodengesetz vom 10. Oktober 1947 forderte die Vernichtung der Grundbesitzer und Grossbauern als Klassen. Kleinbauern-Corps wurden ins Leben gerufen, die auf eigene Faust — natürlich unter der Kontrolle der Partei — Bodenreformen durchführen durften. Das politische Ziel bestand in der Isolierung der Regierung Tschiang Kai-scheks und in deren Diskreditierung bei den Massen. Vom Frühjahr 1948 bis zum Juni 1950 kehrte man dann wieder zu einer gemässigten Politik zurück, da kommunistische Auswüchse auf dem Lande die Mittelbauern und andere Elemente der Mittelklasse in einen Gegensatz zu den Kommunisten brachten und die Bewegung den Kommunisten allmählich zu entgleiten drohte. Zudem wirkte sich die forcierte Enteignung des Bodens ungünstig auf die landwirtschaftliche Produktion aus. Die Geschicktheit, mit der die Kommunisten unter Mao operierten, die Art und Weise, wie es ihnen gelang, die verschiedenen ländlichen Bevölkerungsschichten gegeneinander auszuspielen und den Einfluss der Nationalisten mehr und mehr zurückzudrängen, verursachten eine bedenkliche Ueberheblichkeit der kommunistischen Funktionäre.

«Diese Erfolge», meinte Lethbridge, «erzeugten bei den Kommunisten eine gefährliche Zuversicht, ein Gefühl, dass alles möglich sei, was sie in extremer Form am Beispiel der Volkskommunen beweisen wollten. Ihre Zuversicht wurde bestärkt durch den Glauben an die ideologische Unfehlbarkeit des Marxismus-Leninismus und durch die Ueberzeugung, dass eine ‚richtige Politik' jede Art des Wandels, den die Partei wünschte, hervorbringen könne.»

Von der Bodenreform zu den Kommunen (1950 bis 1958)

Die Parole für die Durchführung der Bodenreform stammt aus Mao Tse-tungs eigener Feder: «Die Bodenreform in einem neu befreiten Gebiet sollte in zwei Abschnitten erfolgen. Im ersten Abschnitt: energische Aktionen gegen die Grossgrundbesitzer und Neutralisierung der Grossbauern. Dieser Abschnitt ist in verschiedene einzelne Schritte zu unterteilen; zuerst die Aktionen gegen die grösseren Grossgrundbesitzer und dann gegen die kleineren ... Der zweite Abschnitt besteht in der gleichmässigen Verteilung des Bodens einschliesslich des von den Grossbauern verpachteten Landes und ihres überflüssigen Grundbesitzes.»

(Fortsetzung folgt)